



Stiftung | 10.08.2018 - 14:30

Einen vertragslosen Hard Brexit kann keiner wollen



Ab September stehen harte Verhandlungen in Sachen Brexit auf der Agenda. Die Lage ist für alle Beteiligten ernst. Ohne Brexit-Einigung könnten die EU und das Vereinigte Königreich auf ein politisches Desaster zusteuern. Die Aussicht darauf werde auch die Europäer auf dem Kontinent auseinandertreiben, [mahnt Karl-Heinz Paqué](#) [1], stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Stiftung für die Freiheit. Weil der Brexit-Preis für die EU-Länder sehr unterschiedlich ausfalle, seien Spannungen vorprogrammiert.

Es gebe große innereuropäische Unterschiede in der Verbundenheit mit den Briten, hält Paqué fest. "Diese werden sich umso mehr zeigen, je näher man tatsächlich an ein Scheitern der Verhandlungen heranrückt", prognostiziert er. Sollte die EU-Verhandlungsleitung allzu unbekümmert mit der Rückfallposition eines vertragslosen "Hard Brexit" spielen, könnte es schnell zu äußerst kritischen Reaktionen jener Länder kommen, denen die Brücke zu Großbritannien historisch, politisch und wirtschaftlich wichtiger sei als die Beziehungen etwa zum mediterranen Raum. "Es könnten plötzlich sogar Bruchlinien verstärkt werden, die sonst nur bei anderen Themen aufleuchten – so etwa das Nord/Süd-Gefälle in der Eurozone, wo der stabilitätsorientierte Norden viel eher britische Freihandelsinstinkte teilt als der Süden", erläutert Paqué. Selbst zwischen Frankreich und Deutschland könnte es neue Spannungen geben.

"Die Brexit-Diskussion enthält also einen gewaltigen politischen Sprengstoff", verdeutlicht Paqué. Eine realistische Lösung des Problems könne nur heißen: "Soft Brexit". Welche Folgen für beide Seiten ein "Hard Brexit" nach sich ziehen könnte und warum diese auf jeden Fall vermieden werden sollten, [legt er im Beitrag für freiheit.org dar](#) [1]. (ch)

Einen vertragslosen Hard Brexit kann keiner wollen

Quell-URL: <https://www.liberale.de/content/einen-vertragslosen-hard-brexit-kann-keiner-wollen>

Links:

[1] <https://www.freiheit.org/einheitsfront-europa>